



Die Stadt ist gebauter Klassenkampf von oben - kämpfen wir für eine kritische Stadtentwicklung von unten!

Ich bin Jens, 36, aus Huchting

Ich kandidiere für einen Listenplatz, weil ich linke Politik in Bremen stärker aus einer materialistischen Perspektive auf Stadt und Stadtentwicklung mitgestalten möchte.

Wenn wir durch Bremen gehen, sehen wir nicht nur Straßen, Häuser und Plätze. Wir sehen ziemlich schnell politische Entscheidungen. Wir sehen, wo Menschen viel Platz haben – und wo kaum ein Baum steht. Wo Wohnungen saniert werden und plötzlich unbezahlbar sind. Wo öffentlicher Raum zum Konsumraum wird. Wo Familien jeden Morgen komplizierte Wege zwischen Kita, Arbeit und Einkauf organisieren müssen. Und wir sehen Grundstücke, bei denen am Ende nicht die Frage entscheidet, was ein Stadtteil braucht, sondern welche Rendite sich dort erzielen lässt.

Ich kandidiere für einen Listenplatz, weil ich diese Perspektive stärker in die Arbeit der Partei in Bremen einbringen möchte. Für mich ist Stadtentwicklung keine Frage guter Architektur oder schöner Plätze. Sie ist eine Frage von Eigentum, Verteilung und Macht.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden in einer Stadt sehr konkret. Sie stehen buchstäblich vor unserer Haustür. Über Stadt reden heißt über Eigentum reden.

Wer besitzt den Boden? Wer entscheidet, was darauf gebaut wird? Wer kann sich eine Wohnung leisten? Wer muss gehen, wenn ein Viertel attraktiver wird? Wer hat einen Park vor der Tür – und wer lebt zwischen Asphalt, Verkehr und aufgeheizten Fassaden?

Ich verstehe mich dabei ausdrücklich als materialistischen Marxisten. Das bedeutet keine Zitate aus dem 19. Jahrhundert (naja, manchmal). Es heißt, hinter die Oberfläche zu schauen: Welche Interessen stehen sich gegenüber? Wem gehört etwas? Wer verfügt darüber? Wer profitiert, wer trägt die Kosten? Wo Ohnmacht durch Beteiligungszirkus verdeckt?

Deshalb reicht mir eine linke Stadtpolitik nicht, die versucht, die schlimmsten Folgen des Marktes etwas sozialer abzufedern. Wir müssen nicht nur anders bauen, sondern anders besitzen.

Öffentlicher Boden muss öffentlich bleiben. Kommunale Wohnungsgesellschaften müssen stark genug sein, um den Wohnungsmarkt tatsächlich zu prägen. Boden und Wohnen dürfen keine Spekulationsobjekte bleiben. Und wenn private Eigentumsinteressen dem Gemeinwohl fundamental entgegenstehen, müssen wir vergesellschaften.

Genauso wichtig ist mir eine feministische Perspektive auf Stadt. Denn eine Stadt sieht völlig anders aus, wenn man sie aus der Perspektive der Menschen betrachtet, die in dieser Gesellschaft die Kinder zur Kita bringen, Angehörige pflegen, einkaufen, arbeiten und dabei jeden Tag Wege miteinander verbinden müssen (diese Arbeitsteilung muss sich zwar auch ändern, aber 2026 ist sie ja so). Kurze Wege, gute öffentliche Infrastruktur und Räume ohne Konsumzwang bedeuten Zeit, Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe.

Auch Klimapolitik ist eine soziale Frage. Die heißesten, am stärksten versiegelten Viertel sind oft nicht diejenigen, in denen die Menschen die größten Möglichkeiten haben, sich der Hitze zu entziehen. Deshalb müssen Entsiegelung, Begrünung und Klimaanpassung zuerst dort stattfinden, wo die Belastungen am größten sind. Gleichzeitig dürfen wir nicht zulassen, dass ein Viertel erst ökologisch aufgewertet und dann für seine bisherigen Bewohner*innen unbezahlbar wird.

Was mich daran reizt: Stadtpolitik ist unmittelbar. Wir reden darüber, was vor unserer Haustür passiert. Über den Platz, auf dem Kinder spielen. Über die Wohnung, in der jemand alt werden möchte. Über den Weg zur Arbeit. Über das Grundstück nebenan. Über die Frage, ob Menschen ihren Stadtteil tatsächlich mitgestalten können oder am Ende nur erfahren, was andere mit ihm vorhaben.

Vorwärts Genoss*innen. Mehr Stadt, weniger Markt! Klassenpolitik beginnt im Quartier. 